

Der Deutsche Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Er erscheint jeden Freitag. Zu beziehen durch alle Postanstalten zum Preise von Mf. 1,50 pro Quartal. Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis. Redaktion und Expedition: Köln a. Rhein, Palmstraße 14. — Telefonruf 7605. Redaktionschluss Dienstag Mittag. Inserate: Kosten die dreigespaltene Zeitspalt 30 Fig. Stellenvermittlung und Anzeigen der Zahlstellen die Hälfte.

Nr. 48. Köln, den 29. November 1907. VIII. Jahrgang.

Maßregelungspraxis und ihre Folgen.

Arbeitgeber, welche die Reichen und Aufgaben unseres heutigen wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens nicht verstehen und oft nicht verstehen wollen, glauben manchmal ihre Stunde der Organisationsverrichtung gekommen, wenn die Schwalben heimwärts ziehen. Sie haben damit zwar auch hin und wieder Erfolg, aber im allgemeinen haben sie bei ihrer Rechnung den Umstand unberücksichtigt gelassen, daß die Arbeiter nicht so kurzfristig sind, um nicht zu erkennen, daß in einem halben Jahre der Frühling wiederkehrt und daß dann die Arbeiter unter Umständen auch ein anderes Wort reden könnten. Sie sind allerdings in dieser Beziehung viel zu gereift, als daß sie eine kleinliche Nachpolitik treiben würden. Unsere Kollegen aber, die zur Zeit einmal etwas hart angelassen werden, mögen in disziplinierter Weise mit entsprechender Ruhe und Entschiedenheit das Recht der Organisation mit selbstbewusster Mannbarkeit hochhalten. Mögen sie stets bedenken, daß es eines aufrechten Menschen unwürdig ist, seine wohlverdienenen Rechte ohne weiteres preiszugeben. Wer von einer Sache überzeugt ist, der läßt sich um einer augenblicklichen Schwierigkeit wegen, nicht von derselben abbringen, koste es was es wolle. Gibt es doch Arbeitgeber, die selbst ihren Arbeitern Vorschriften darüber machen, was sie außerhalb des Betriebes tun dürfen und was nicht. Man verbietet den Arbeitern bestimmte Tageszeiten zu halten, Wirtschaften zu besuchen, Vereinen beizutreten, verpflichtet den im Betriebe beschäftigten Vater, später auch seine Kinder in den Betrieb zu schicken usw. Gegen alles das kann der Einzelne nichts ausrichten. Er steht dem Arbeitgeber, wenn auch mit Bitterkeit erfüllt, machtlos gegenüber. So liegen vielfach die Verhältnisse. Ist das nicht tieftraurig für solche Arbeiter? Gewiß! Aber beschämend ist es, wenn diese Arbeiter jenes Mittel zurückweisen, mit dem sie sich aus ihrer menschenunwürdigen Lage befreien könnten: Die gewerkschaftliche Organisation. Beschämend deshalb, weil ein solcher unorganisierter Arbeiter zu erkennen gibt, daß er keinen Funken Berufsstolz und Mannesehre besitzt, daß er weder Menschenwürde kennt noch Solidarität mit seinen Mitarbeitern zu üben vermag. Willst Du, so fragen wir den unorganisierten Kollegen, zu der vorhin geschilderten Sorte von Arbeitern gerechnet werden?

Also allein ideale Gründe müssen solche Kollegen, die vielleicht zu beginnender Winterzeit mit allen möglichen Mitteln eingeschüchtert und vor dem Verband gruselig gemacht werden sollen, zurückhalten, demselben den Rücken zu kehren. Später würde es sie sicher wieder gereuen. Wer sein Statut gründlich kennt, und das ist die materielle Seite der Sache, der weiß, daß der im Verhältnis zu den Leistungen geringe Beitrag sich in vielfacher Weise wieder rentiert. Die Kollegen, die in den Sommermonaten mit Interesse der Tätigkeit des Verbandes gefolgt sind, soweit sich der letztere auf die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen bezog, finden nunmehr die Mühe, ein Fazit aus den durchgeführten Bewegungen zu ziehen. Ohne Zweifel ist dieses danach angetan, die Kollegen mit neuer Begeisterung für den Verband und seine Ziele zu erfüllen. Würde doch an so und so vielen Orten die Arbeitszeit im Interesse der Gesundheit und des Familienlebens der Kollegen verkürzt. In vielen Orten gelang es den Kollegen mit Hilfe des Verbandes ihre wirtschaftliche Position durch eine Lohnhöhung zu festigen. Manche Betriebsämter wurden beseitigt, viele Verbesserungen durchgeführt. Das ist das Resultat, das der Verbandskollege alljährlich durch das Wirken des Verbandes bekommt. Mit neuem Mut tritt er in eine rege Agitation, um seinen unorganisierten Mitarbeitern zu zeigen, was die Organisation zu schaffen in der Lage ist. Stolz auf das Erreichte schauend, macht er aber auch nur zu deutlich die Wahrnehmung, daß die Tätigkeit des Verbandes wohl in einer Zeit so notwendig war wie in der jetzigen. Wohin wir blicken, hat die Arbeiterschaft unter einer enormen Verunsicherung aller zur Lebenshaltung notwendigen Bedürfnisse zu leiden. Auf einmal wird's nicht besser, nur zähe Ausdauer auch zu den schwierigsten Zeiten kann zum Ziele führen. Wer nicht gleich eine Besserstellung erreicht, der hat die Gefahr, bei Krankheit, Sterbefällen, Arbeitslosigkeit, Anzug in Reichsständen bei Arbeitsfreistellungen, Unfällen, Krankheiten, Invalidität usw. am Verbandsende fest eine feste Stütze, einen sicheren Rückhalt zu haben. Die Versuche und Folgen von Maßregelungen werden meistens die Kollegen in den kleineren Orten treffen. Die Arbeitgeber bekunden damit ihre ganze Unvorsichtigkeit. Denn zunächst erreichen sie nicht, daß der be-

treffende Kollege geschädigt ist, weil der Verband für ihn eintritt. Dann laufen sie Gefahr, keine Arbeiter mehr zu bekommen, weil die Sperre über einen solchen Betrieb verhängt wird. Ob das gute Einvernehmen zwischen beiden Parteien gefördert wird, ist eine weitere Frage. Alles in allem haben unsere Kollegen alle Ursache, bei allen Stürmen am Verbandsfestzuhalten, weil er ihnen in allen Lebenslagen Schutz gewährt. Eine Frage sei hier noch aufgeworfen: Wäre es nicht zweckmäßig, in solchen kleinen Orten, wo der Geist der Maßregelung umgeht, den Kollegen die Mitgliedschaft dadurch zu erleichtern, daß sie vollständig frei und unabhängig von einander als Einzelmilitäre ihre Beiträge regelmäßig an das zuständige Sekretariat einsenden? Wir glauben, daß dieses ein sehr gangbarer Weg wäre, um gerade in den kleinen Orten auch in solchen Zeiten die Stöckkraft des Verbandes ungeschwächt zu erhalten.

Arbeiterschutz und Gewerbeinspektion.

Der ganze Arbeiterschutz kristallisiert sich schließlich in der Regelung der Arbeitszeit und in der Gewerbeinspektion; für erstere ist nur der Anfang vorhanden durch die Beschränkung der Arbeitszeit der Kinder, der jugendlichen Arbeiter und der Arbeiterinnen; aber Deutschland kommt schließlich um die Einführung einer Maximalarbeitszeit in den Fabriken nicht herum. Solange der Maximalarbeitszeit nicht besteht, ist es aber doppelte Pflicht, auf die Gewerbeinspektion und deren Ausbau allen Nachdruck zu legen. Ohne eine ausreichende Gewerbeinspektion ist aller Arbeiterschutz in der heutigen Zeit mehr oder weniger eine taube Mause; das hat der Reichstag schon 1878 erkannt, indem er die Fabrikinspektion reichsgesetzlich vorschrieb, sie 1891 zur Gewerbeinspektion ausbaute und indem er bestimmte, daß dem Reichstage alljährlich die Berichte vorgelegt werden müssen.

Als Mindestforderung einer guten Gewerbeinspektion darf der Satz gelten: Jede Anlage muß jährlich mindestens viermal revidiert werden. Wir wissen wohl, daß mit dem Besuche der Fabriken die Tätigkeit des Gewerbeinspektors nicht abgeschlossen ist; wir geben auch zu, daß die Gewerbeinspektion nicht lediglich nach der Zahl der Revisionen einzuschätzen ist; aber andererseits sagt schon das Wort Inspektion, daß man hier keinen Bureaubeamten vor sich haben darf, sondern einen Beamten, der umherreißt und revidiert. Ueber die Güte der Gewerbeinspektion gibt daher immer noch die Zahl der Revisionen den besten Aufschluß. Wenn wir nun die soeben dem Reichstage zugegangenen vier Bände aus dem Jahre 1906 in dieser Richtung durchmustern, so müssen wir mit Bedauern feststellen, daß das Reich von der Mindestforderung der Gewerbeinspektion noch sehr weit entfernt ist, wenn wir auch ein langsames Annähern an diese ohne weiteres zugeben wollen. 52,2 Proz. sämtlicher der Gewerbeinspektion unterstellten Anlagen mit 81,9 Proz. der beschäftigten Arbeiter wurden 1906 revidiert; wenn die letztere Zahl sich unserer Forderung mehr nähert, so beweist die geringe Zahl der revidierten Anlagen, daß man die Kleinbetriebe ziemlich oft hiervon ausgenommen hat. In einigen Bundesstaaten zeigen sich annehmbare Verhältnisse, wie z. B.:

	Zahl der revidierten Anlagen:	Zahl der Arbeiter in den besichtigten Anlagen:
Koblenz	100 Proz.	100 Proz.
Bremen	99 "	99,5 "
Württemberg	95,5 "	93,3 "
Sachsen	89,2 "	88,2 "

Aber auf der anderen Seite muß man auch konstatieren, daß einzelne Bundesstaaten noch sehr viel zu wünschen übrig lassen, wie folgende Zahlen beweisen:

	Zahl der revidierten Anlagen:	Zahl der Arbeiter in den besichtigten Anlagen:
Sachsen-Anhalt	24,5 Proz.	57,2 Proz.
Mecklenburg	25,2 "	56,2 "
Baden	32,5 "	58 "
Bayern	43 "	73,1 "
Preußen	50,4 "	85,4 "

Wir haben absichtlich nur größere Bundesstaaten genommen, weil in kleineren Staaten die Inspektion von selbst intensiver ist. Aber warum können nicht alle süddeutschen Staaten leisten, was Württemberg vollbracht hat? In den Reichsständen sieht es sehr traurig aus, wie es schon bei der Interpellation über das lothringische Grubenunglück im Reichstage betont worden ist. Und wohin kam die einstens so viel gerühmte badische Gewerbeinspektion? Diese Fragen sind keine Vorwürfe für die einzelnen Beamten: diese tun ganz treu ihre Pflicht; aber es fehlt an den Arbeitskräften. 434 Beamte, darunter 24 Assistentinnen, stehen im Dienste der Gewerbeinspektion, die sich über 236 643 Anlagen zu erstrecken hat. Mit dieser Beamtenzahl kann nicht erreicht werden, was wir fordern; daher muß besonders in Bayern, Baden, Sachsen-Anhalt und Preußen auf eine Vermehrung der Beamten der Gewerbeinspektion hingewirkt werden.

Es ist zu begrüßen, daß die Statistik nun die der Gewerbeinspektion unterstellten Anlagen, die keine Fabriken sind, besonders behandelt; von 136 604 dieser Anlagen sind 19 050 revidiert worden; dazu kommen allerdings noch 40 635 polizeiliche Revisionen in Gast- und Schankwirtschaften. Ganz unzulänglich ist die Revision der Steinhauereien, Bäckereien und Malerwerkstätten. Auch in den Glashütten fehlt noch viel. Die neue Statistik beweist, daß man hier noch über lange Arbeitszeiten findet; auch in den Glashütten fehlt es so aus.

Das sozialpolitische Programm der Scharfmacher.

wie es auf der jüngst stattgefundenen Tagung des Zentralverbandes deutscher Industrieller entwickelt wurde, findet selbst in den bürgerlichen Kreisen den schärfsten Widerspruch. Die Forderung eines schärferen Schutzes der Arbeitswilligen, und die Warnung vor übertriebener sozialer Fürsorge, welche letztere vor allem nicht auf die Ueberwachung der Heimarbeit durch die Gewerbeinspektion und die Verkürzung der Arbeitszeit übergreifen darf, findet Zustimmung nur in den Kreisen der Scharfmacher selbst. Das Empfinden einer Absorbierung von der Meinung der weitesten Bevölkerung ist deshalb auch in den Arbeitgeberverbänden vorhanden und sucht man sich so mit anderen Dingen, vor allem mit der Betonung der Arbeiterwohlfahrtspflege eine Brücke zu bauen. Das dieses Tun nicht das richtige ist, beleuchtet mit recht treffenden Ausführungen die „Soziale Praxis“ indem sie schreibt:

Wo es sich um wohltätige Arbeiterfürsorge, selbst um große Summen für die gesundheitlichen Opfer der industriellen Arbeit und für die abgebrauchten Kräfte handelt, überall da will der Zentralverband seinen Platz haben und gern vom Gewinn des Unternehmers reichlich mitteilen an die Gebrüder und Niedergeborenen. Wo es sich aber um vorbeugende Arbeiterfürsorge, um die Förderung der Gesundheit und Lebensfrische der schaffenden Arbeiter, um ihre Sicherung vor frühem Verwelken handelt, wie bei den Forderungen auf Verkürzung der Arbeitszeit für die Arbeiterinnen, die Feuerarbeiter, die Heimarbeiter, da verschließt sich der mitleidige Sinn und die offene Hand der Industriemagnaten oft in auffälliger Weise, während es doch allmählich ein Gemeinplatz in der öffentlichen Hygiene geworden ist: Vorbeugen ist besser und — billiger als heilen und Kranke pflegen.

Wo es sich endlich um die Sicherstellung der idealen Rechte der Arbeiterschaft, um ihr Fortwärtigen als Klasse, um die Persönlichkeitsentfaltung und die Selbsthilfeorganisation des zum Kulturbewußtsein erwachenden Proletariats handelt, da versagt der Zentralverband nicht nur völlig, sondern da stellen sich jene Männer, die die Durchsetzung der Persönlichkeit oft in leuchtender Weise dem deutschen Volke vorgeführt und die Interessenvertretung auf dem Wege der Organisation in übermächtiger, ja mitunter in brutaler Weise uns allen vorgelebt haben, mit starker Stirn dem Entwicklungsbange der emporkommenden Arbeiterschichten entgegen und erblicken in diesem natürlichen Recht- und Machtbegehren, das sie selbst einst in die Höhe getragen hat, nur Gefahr, Ansturz, Terrorismus.

Immer wieder klingt in diesen Kundgebungen des Zentralverbandes die Behauptung an, die Bestrebungen auf Ausbau des Koalitionsrechts, auf Herbeiführung einer „konstitutionellen“ Mitbestimmung des Arbeiters bei der Regelung der Arbeitsvertragsbedingungen bedrohten die autoritative Stellung des Unternehmers und Arbeitgebers. Ja, offen wird den Sozialreformern vorgeworfen, daß sie auf die Untergrabung der Unternehmerautorität mehr oder minder bewußt hinwirkten. Es hat aber noch kein Arbeitgebervertreter sich bisher die Mühe genommen, den Beweis für dieses regelmäßig wiederholte Gerücht zu liefern, während Hundert und aber Hundert Belege dafür beizubringen wären, wie einbringlich die Ratgebersozialisten die volkswirtschaftliche Bedeutung des Unternehmertums zu würdigen wissen. Es lohnt sich also nicht, auf dieser gegenstandslosen Verbändertätigkeiten weiter einzugehen. Daß Sucht und Unterordnung in jedem Betriebe herrschen müssen, geben ja selbst die Klassenbewußten Genossen in den sozialdemokratischen Parteibetrieben und die Arbeitermitglieder der Genossenschaftsunternehmungen zu und betonen es noch ganz besonders. Es handelt sich also nur um die einfache Aufgabe, in welchem Geiste und bis zu welchen Grenzen die autoritative Herrschaft vom Unternehmer gehandhabt wird. Und da begegnen wir oft, sehr oft jener Ueberspannung des Fabrikregiments weit über das technisch-wirtschaftliche Bedürfnis des Unternehmens hinaus, einem Uebergreifen in die privaten und staatsbürgerlichen Lebenssphären des Arbeiters auch außerhalb der Fabrik und einer Verschwendung selbst der gesetzlich gewährleisteten Grundrechte des Arbeiters im Betriebe. Denn wir möchten es den Industriellen des Zentralverbandes, die gegen das Verhandeln mit der Arbeiterschaft,

gegen Arbeitsverträge zu Felde ziehen und die einseitige Festsetzung der Arbeitsbedingungen als einen Ausfluß der Unternehmerautorität, als eine geschäftliche Selbstverständlichkeit in Anspruch nehmen, ins Gedächtnis zurückrufen, daß das Gesetz (§ 105 Gew.-Or.) den Arbeitsvertrag als einen Gegenstand freier Uebereinkunft, d. h. als eine Vereinbarung zwischen zwei in ihren Entschlüssen unabhängigen Parteien stabilisiert, also geradezu auf das Verhandeln hinweist. Diesem Grundgedanken des Gesetzes in der Wirklichkeit zum Durchbruch zu verhelfen und dem Arbeiter diejenige Unabhängigkeit gegenüber dem Unternehmer bei der Arbeitsvertragsabgeschlossenheit zu gewährleisten, die ihn zur Erlangung bestmöglicher Arbeitsbedingungen und zum freien Genuß seiner Arbeiterrechte befähigt, das ist der Zweck der Arbeiterkoalition, das ist ein Ziel der Arbeitsverträge, das ist gegenwärtig der Drehpunkt der deutschen Sozialpolitik. Da aber selbst im sozialpolitischen Programm des Zentralverbandes: er will nur Medizin für die Kranken und Alten, nicht aber Licht und Luft für die Gesunden.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 48. Wochenbeitrag für die Zeit vom 24. Nov. bis 30. Nov. 1907 fällig ist.

Bis zum 25. November hatten folgende Zahlstellen die Abrechnung noch nicht eingesandt: Bernau, Remmingsen, Ronden, W. Gladbach, Schönau, B. Baden.

Coffenheim sandte die Abrechnung, aber keinen Geldbeitrag ein, Kollingen einen Geldbetrag, jedoch ohne Formulare. Durch die Nachlässigkeit obiger Zahlstellen ist es unmöglich, die Abrechnung der Hauptkasse zeitig fertig zu stellen.

Wir erinnern hiermit die Diskussionsleiter wiederholt an die monatlichen Sitzungsberichte. Es ist vollständig zwecklos, größere Summen 3 Monate lang in den Zahlstellen liegen zu lassen.

Bis zum 25. November wurden für die Hamburger Büchsenmacher weiter eingesandt:

- Furtwangen Rade 3, — M. Jagolstabi Sägmüller 6, — M. Bamberg Sägmüller 6,50 M. Daffelberg Müller 6,20 M. Böninghoff 6,40 M. Bodekman 5,85 M. Bohr 3,10 M. Schmidt Jelsmann 5,10 M. Schenlog 3,60 M. Osabrud 30, — M. Beckm Jüles 13,80 M. Anfrort u. b. Pögen 2, — M. Westrag 7,20 M. Hildesheim Forstmann 20,65 M. Reuf Sange 25, — M. Hagen Sappe 4,30 M. Pönn 6,30 M. Kälmeier 7,65 M. Rast 2,10 M. Loh Schanz 7,70 M. Spalohr 13, — M. Rast 10, — M. Weber 4, — M. Rast 5,80 M. Jäger 4,90 M. Sapp 6,45 M. Berlin Kammann 2,90 M. Weigelt 9,20 M. Koblitz 2,55 M. Pönnle 4,40 M. Steinmayer 3,50 M. Dösch 9,80 M. Thoma 3,70 M. Groß Böhr 6,80 M. Joh. Böhr 12,20 M. Reiß Hartung Einlein 0,50 M. Mülheim Rahr Schmittmann 9,65 M. Böger 1,50 M. Böhm 4,40 M. Sange 2, — M. Sankelner 3, — M. Hübner 8, — M. Selt 10,50 M. Redlinghausen Heiter 4,30 M. Langenberg 7, — M. Kammann 3, — M. Giesman 13,40 M. Gerdman 3,50 M. Görlitz Göhn 4,10 M. Reilrop Höfer 10,30 M. Eichkall Pfeiferle 4, — M. Rast Böhr 4,60 M. Bamberg 32,30 M. Eichen Schmitt 8, — M. Zemes 13,50 M. Böhmanna 3,30 M. Remscheid Bahnen 8,50 M. Eupen 4,80 M. Homberg Schollen 3,50 M. Selt 3,30 M. Karlsruhe Krüger 1,70 M. Hübner 0,60 M. Ost 6,50 M. Herdingen Böhr 17,35 M. Eijen Lap. Müller 4,80 M. Epenbrad 5, — M. Rast 9, — M. Erfurt Böhr 16, — M. Herford Schmitt 2,50 M. Herford 1,50 M. München Rast 1, — M. Schanz 2,90 M. Bener 6,30 M. Siedman 10, — M. Sange 12, — M. Ost 2,90 M. Binsch-Eigenbach Krüger 6,65 M. Ehrenfeld Schen (zu wenig gewickelt) 1, — M.

In Nr. 47 quittiert 1450,30 M.
Summe 2807,60 M.

Wir bedauern dankend den Eingang vorstehender Gelder, daß leider die Sammlungen unzureichend fortgeschritten. Eine größere Anzahl Zahlstellen beteiligten sich nicht unge an den Sammlungen, während andere die Sammlungen fast unbeschäftigt ließen. Wir fordern die Kollegen nochmals auf, die Hamburger Büchsenmacher durch prompteste Deckungsbereitschaft zu unterstützen. Sammlungen stehen in jeder Anzahl zur Verfügung.

Kollegen, Kollegen, macht die Sache der Hamburger Kollegen zu eurer eigenen. Erweist ihr doch nicht nur ein Wohlwollen, sondern greift auch ein. Unterstützt die Hamburger, denn werden euch nicht Kampf um euret Recht erweist haben.

Lobbewegung.

Bei allen Lobbewegungen ist der Zustand der Sache zu berücksichtigen. Ein Bericht über den Stand der Bewegung ist notwendig, andererseits soll die Bewegung vor dem Auge sein.

Was ist notwendig?

- Wohlfahrt aller Branchen nach Lippstadt (Runde & Jäger).
- Schmitt, Barenberg (Hilsmann), Henckes (Hilsmann) für Gewerkschaften Solingen, Gilsen (Kamp), Neu-Heenberg.
- Eigenheim, Hübner und Arbeiter nach Neuhabl, Gilsen (Hilsmann).
- Wohlfahrt nach Hamburg (Hilsmann).
- Hilsmann nach Bremen (Hilsmann, Jäger, Selt).
- Hilsmann nach Frankfurt a. M. (Hilsmann, Selt, Jäger).
- Hilsmann nach Hamburg a. d. H. (Hilsmann).

Erfolg in Eichen O.E. Nach längerer Verzögerung hat auch in diesem Ort der Verband eine Ortsgruppe errichtet. Es war auch die höchste Zeit, daß sich die

Kollegen aufrufen und gab den äußeren Anlaß dazu, der Erfolg der Kollegen in Ziegenhals, welche durch einen Tarif eine Besserung ihrer Lage erzielten; waren doch hier die Löhne um ein Viertel niedriger als in Ziegenhals bei derselben Arbeit. Durch festes Zusammenhalten und als Schutzwehr den Verband im Rücken, ist es nun auch am 1. Nov. gelungen, mit den Arbeitgebern einen Tarif abzuschließen, der bis zu 20% Lohnerhöhung und 2 Stunden Arbeitszeitverkürzung brachte. Es gilt nun für die Kollegen, das Erreichte hoch zu halten durch Stärkung der Organisation, um bei gegebener Zeit neue Erfolge zu erzielen und die Verhältnisse in gleiche Höhe mit den Nachbarorten zu bringen.

Aus den Verbandsbezirken.

Informationstour im Nord-Osten Deutschlands.
Um die Verhältnisse in meinem neuen Wirkungskreis kennen zu lernen, und um gleichzeitig die Kollegen mit der Bedeutung des zweiten deutschen Arbeiterkongresses betraut zum machen, wurden von mir die Zahlstellen in Posen und Westpreußen besucht und in ihnen teils Mitgliederversammlungen, teils öffentliche Versammlungen abgehalten. Zunächst wurde die am 29. Sept. neu gegründete Zahlstelle Kosen aufgesucht. Kosen, jetzt zum vierten mal gegründet, läßt erwarten, daß endlich unsere Sache dort von Bestand ist. Die Kollegen, welche vollzählig erschienen waren, lauschten mit großem Interesse den Ausführungen. Da dieselben hier fast durchweg polnisch sprachen, wurde das Referat vom Kollegen Pawlowicz ins Polnische übersetzt. Die Diskussion war eine sehr rege. Am Schluß sprach Kollege Komalcyk-Posen und ermunterte die Verbandsmitglieder zu festem Festhalten an der Organisation. Berührt es doch hier auch schon das Arbeitgeberum, durch Maßregelung des Vorstehenden die Organisation zu zertrümmern. An den Kollegen liegt es, diesen Plan zu vereiteln, indem sie ihre Zahl, die heute schon 34 beträgt, noch weiter vermehren.

Am folgenden Tage sollte in Posen eine Versammlung stattfinden. Leider ist den Kollegen das alte Versammlungslokal, in dem 4 Jahre die Zahlstelle ihr Heim gefunden, durch verschiedene Treiberereien genommen, und konnte aus diesem Grunde keine Versammlung abgehalten werden. Es fand so nur eine Besprechung mit dem Vorstande statt. Sind in Posen auch im letzten Quartal einige Mitglieder gewonnen, so bleibt der Agitation doch noch hier ein großes Gebiet offen. Besonders unter den Bauhilfslern muß mehr für unsere Sache gewirkt werden. Auch in Posen muß es möglich sein den früheren Bestand wieder zu erringen.

Der nächste Tag führte mich nach Gnesen. Hier hatten es die Kollegen nicht für nötig gefunden, der Einladung des Vorstandes Folge zu leisten. Geringe vier Kollegen waren erschienen; nicht einmal der Vorstand war vollständig anwesend. Möchte vielleicht der Tag, ein Dienstag, nicht gerade sehr bequem für manche Kollegen sein, so muß man doch bedenken, daß es nicht leicht möglich ist in jeder Zahlstelle mit Sonntags Versammlungen abzuhalten. Nur durch die Gleichgültigkeit der Kollegen ist es den Gegnern gelungen hier einzudringen. Die Kollegen von Gnesen sollen doch bedenken, daß ihr Tarifvertrag bald abläuft und sie somit auf dem Posten, in den Versammlungen sein müssen.

Der folgende Tag brachte ein um so erfreulicherer Versammlungsergebnis. Die Arbeiterschaft von Gjerzyl zeigte, daß sie doch die Notwendigkeit der Organisation wieder einsehen gelernt. Die Versammlung, welche um 8 Uhr begannen sollte, konnte erst um 9 1/2 Uhr ihren Anfang nehmen, weil die Eisenbahn mit einem Sturz durch die Rechnung machte, indem der Anfahrzug eher abfuhr, ehe der Nebenzug eintraf. Trotzdem die Kollegen so 1 1/2 Std. auf den Referenten warten mußten, hatten an 150 Stand gehalten. Mit großer Aufmerksamkeit folgten die Kollegen den Ausführungen und der reiche Beifall bewies, daß die Worte auf guten Boden gefallen waren. Eine sehr lebhaft Diskussion setzte ein und ist zu erwarten, daß wir bald wieder zahlreiche Verbandsmitglieder am Orte besitzen. Eine Zahlstelle konnte gegründet werden und ist die Mitgliederzahl heute schon über 40. Die Zahl des Vorstandes wurde einer späteren Versammlung überlassen. Der nächste Tag sah mich in Danzig. Die Versammlung hätte auch besser besucht sein können. Hier scheinen wir einige Unstimmigkeiten im Vorstand zu besitzen. Die Kollegen sollten doch bedenken, daß wir nicht der Person, sondern der Sache dienen. Die Diskussion war hier eine sehr rege. Doch wurde dieselbe mit einigen lobenswerten Ausnahmen nicht von unsern Verbandsmitgliedern, sondern von andern Kollegen geführt. Es ist jedoch zu erwarten, daß auch hier in Danzig jetzt energischer an dem Ausbau unseres Verbandes gearbeitet wird.

Hoppot, der schone Boden, war das nächste Ziel. Hier leben die Kollegen allem Anschein nach in solchen glücklichen Verhältnissen, daß sie es nicht für nötig finden in die Organisation zu kommen. Es waren nur 4 Kollegen erschienen und konnte somit keine Versammlung stattfinden. Auch hier läuft im Frühjahr der Tarifvertrag ab und ist die Gleichgültigkeit der Kollegen daher nicht zu begreifen. Kollegen, hier muß es anders werden, kann aufgewacht werden an die Organisationsarbeit.

In Krenzau, wohin mich jetzt die Tour führte, sieht es ebenfalls nicht vom besten aus. Der größte Teil der Kollegen ist fehlerhaftig geworden. Nur durch unermüdliche Aufklärungsarbeit ist es möglich hier den Schaden wieder gut zu machen. Die Versammlung, die auf einen Sonntag nachmittags stattfand, mußte etwas besser besucht sein. Hier liegt die Schuld nicht am Vorstand, sondern an der Rückständigkeit der Massen. Der Vorstand arbeitet gut. Die Zahlstelle muß wieder die stärkste Zahlstelle des Ostens werden, wenn alle Kollegen fest anliegen. Gerade die letzten Ereignisse beweisen die Notwendigkeit der Organisation besonders. Nachdem nun in den folgenden Tagen noch eine Reihe von Orten, wo nur noch nicht hingewirkt, besucht wurden, wie Gisp, Belgard u. a. ging es nach Danzig zurück.

um an einer Mitgliederversammlung teilzunehmen. Dan ging's auf Bromberg zu. Hier sieht es einfach trübselig mit unserer Zahlstelle aus. Verschiedene Ursachen haben dieses zu Wege gebracht. Vor allen Dingen fehlt es hier an Kollegen, die mitarbeiten. Sollten deshalb Kollegen gewillt sein den Osten aufzusuchen, so möchte ich sie dringend er suchen hierher zu kommen. Lohnende Möbelarbeit gibt es genug. Nur überzeugte Kollegen, die Mithilfe leisten wollen können hier etwas schaffen. Hunderte sind noch zu gewinnen.

Zum Schluß kam die Zahlstelle Schönlanke an die Reihe. Hier sieht man gleich auf den ersten Blick, daß die Kollegen bei der Sache sind. Eine Agitationsfreudigkeit herrscht hier wie sie in wenigen Zahlstellen zu finden ist. Demgemäß war auch die öffentliche Versammlung. Über 120 Kollegen waren erschienen. Hier sah man an den Gesichtern von Jung und Alt, daß Wissensdürstigkeit herrscht. Nach dem Vortrag sollte Diskussion stattfinden. Da aber sich niemand zum Wort meldete, wurde nach einem kurzen Schlussswort die Versammlung geschlossen. Am Dienstag und Mittwoch fanden Werkattversammlungen statt und wurden fünf Kollegen für unsern Verband gewonnen. Das erste Hundert ist nun überschritten. Jetzt heißt es rastlos vorwärts den dritten Hundert entgegen.

Ziel gib's im Osten Deutschlands noch zu schaffen, die die Organisation so gekränkt ist, daß sie allen Stürmen Trost bietet. Aber dieses ist zu erreichen, wenn unsere Verbandskollegen nur wollen. In allen Orten, wo mehrere Ortsgruppen bestehen müssen Rattelle gegründet werden, damit diese Unterrichtskurse einrichten und auch bei den sozialdem. Wahlen die Interessen der Kollegen wahrnehmen. Kollegen fällt auch bereits der Schnee, so wollen wir doch nicht in den Winterschlaf gehen, sondern gerade die Wintermonate zu Agitationsarbeit benutzen. Darum vorwärts auf der ganzen Linie.
Paul Schopoff.

Berichte aus den Zahlstellen.

Magdeburg. Am 8. November fanden hier die Gewerbe richtswahlen statt, welche gegenüber den Vorjahren eine erhebliche regere Beteiligung aufwiesen. Während im Jahre 1904 die Stimmengahl 9459 betrug, ist diesmal auf 13006 gewachsen, hiervon entfallen auf die Liste der sozialdem. Gewerkschaften 10504 auf, die „Selben“ 1297, auf die S.-D. 869 und auf die christl. Gewerkschaften 315. Es erhalten demnach die Genossen 40, die Selben 5, die S.-D. 4 und die Christlichen 3. Besitzer am Gewerbegericht. Rag das Resultat an und für sich für uns auch kein „Sieg“ bedeuten, so steht doch zweifellos fest, daß wir einen ansehnlichen Erfolg errungen haben. Während vor 2 Jahren unsere Kollegen mit den S.-D. gemeinsam vorgingen zogen sie jetzt selbständig in den Wahlkampf. Die Wahlbewegung hat dann gezeigt, daß auch hier in Magdeburg noch Platz ist für eine christl. Gewerkschaftsbewegung. Wenn für uns Holzarbeiter hier auch wohl nicht so viel Mitglieder zu gewinnen sind wie für die Metallarbeiter und Gips- und Transportarbeiter, so ist das durchaus kein Grund, die Hände in den Schoß zu legen und den Verband selbst zu lassen. Nicht diejenigen Organisationen, welche mit großen Mitgliederzahlen prunken und in Wirklichkeit sehr wenig praktische Arbeit leisten, haben die Zukunft in der deutschen Arbeiterbewegung, sondern diejenigen, welche die geschuldesten und opferwilligsten Mitglieder in sich jümmern schließen. Dieses sind nur die christl. Gewerkschaften. Das heißt am besten die solchen beendete Wahl gezeigt. Solches darf man aber nicht abhalten, noch vielmehr als bisher, für den inneren und äußeren Ausbau unserer Organisation zu arbeiten. Der Unterrichtskursus, der in der nächsten Zeit wieder beginnt, muß von jedem Kollegen besucht sein. Wir haben hier noch manchen harten Kampf zu bestehen und je mehr Schwierigkeiten und Hindernissen sich uns in den Weg stellen, um so mehr müssen wir uns schulen und rüsten. Unsere Parole muß alle Zeit lauten: Rastlos muß du vorwärts streben, nie ermüdet stille stehen willst du die Bollendung sehn“.

Strasbourg (El.). Die christlichen Gewerkschaften Straßburg hielten am 20. Nov. im „Mitter“ eine Versammlung ab, in welcher Arbeiter-Sekretär Königbauer-München über den 2. christl. nationalen Arbeiterkongress in Berlin berichtete. Besonders erfreulich sei es gewesen, daß die Staatsregierung auf dem Kongress offiziell vertreten war. Der Herr Minister habe anerkannt, daß er kaum eine größere Aufgabe der Gegenwart wüßte, als diejenige die mächtige Arbeiterbewegung unserer Tage einzuordnen in die bestehende Gesellschaft. Aus der Besichtigung des Kongresses habe man ersehen, daß die christlichen Gewerkschaften das Rückgrat bei dem Kongresse, auf dem über eine Million deutscher Arbeiter vertreten waren, seien. Die Arbeiter, die dort geleistet wurden, haben nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen zivilisierten Welt ein Echo gefunden. Klipp und klar brachten die Arbeiter ihre Forderungen zum Ausdruck, das war kein Phrasendrusch, sondern wirklich positive Arbeit. Während man vor 4 Jahren auf dem Frankfurter-Kongress die großen Grundfragen des Arbeiterrechts vorangestellt, habe ich mich diesmal vorwiegend um Forderungen des Arbeiterschutzes gehandelt: Arbeiterschutz in der Schwerindustrie, Sonntagsruhe, Arbeiterinnenfrage, Heimindustrie u. c. Der 2. deutsche Arbeiterkongress habe auch neue gezeigt, wie eine gute energische Vertretung der Arbeiterforderungen mit vaterländischer und religiöser Gesinnung vereinbar ist. Es lebe in der nationalen Arbeiterbewegung ein so gesunder und starker Geist, daß wir der weiteren Entwicklung mit guter Zuversicht entgegen blicken können. Die Arbeiterschaft weiß, was sie dem Vaterland und dem Gemeinwohl schuldig ist, sie kennt ihre Rechte aber auch ihre Pflichten. Schon sei man mit den gelben Gewerkschaften ins Gericht gegangen, weil diese die idealen und materiellen Interessen der Arbeiterschaft zu schädigen können. Mitgen Regierung und Parlamente, Unternehmern Parteien und Bürgertum sich klar werden, was sie der Arbeiterschaft schulden. Es wäre ein legendarisches Ereignis, wenn der 2. Arbeiterkongress die Einleitung zu einer fruchtbareren Epoche sozialer Reformen gäbe, die in einem einseitigen Bereich der Errichtung von Arbeitsstätten anhebt und namentlich die Koalitionsfreiheit bringen möchte. Der Referent forderte zum Schluß zu opferwilliger, selbstloser Mitarbeit auf, um mit dem geistigen Ziele entgegenzustreben; er bedauerte, daß so langwierigen Besessens der christlichen Gewerkschaften am besten Ort sich zur Zeit noch der weitaus größere Teil der christlichen Arbeiter bei den sozialdem. Gewerkschaften befindet, es müßte diesen Arbeitern darauf getrachtet werden, daß diese sich an ihre Pflichten erinnern. Die lebhafteste Diskussion beschäftigte sich besonders mit letzterer Frage. Man machte den konfessionellen Barrieren der Vorwurf, daß sie der christlichen Gewerkschaftsbewegung nicht die

Verbandsmitglieder! Vergesst nicht die Sammlungen für die Kamberger Bürstenarbeiter.

Bedeutung beimessen, die ihr gebührt und diejenigen Vereinsmitglieder, die bei den sozialdem. Gewerkschaften organisiert sind, nicht an ihre Pflicht erinnern. Man bedauerte, daß christliche Arbeiter aus Furcht vor der Sozialdemokratie nicht offen Farbe bekennen und aus Furcht in die sozialdem. Gewerkschaften eintreten, einer Organisation, die in Wort und Schrift die christliche und nationale Grundlage zu zertrümmern bestrebt ist, da das sozialdem. „Paradies“ der Zukunftsstaat nur durch Predigung des Klassenkampfes, also durch immer größere Verheerung der Massen zustande kommen kann. Möchten doch nun endlich einmal die konfessionellen Vereine einsehen, wo der Platz der christlichen Arbeiter ist. Konfessionelle Vereine mit sozialdem. organisierten Arbeitern in ihrer Mitte dürften doch schon längst ein unhaltbarer Zustand sein, der mit aller Macht beseitigt werden müßte, wenn man sich nicht dem Gespött der Sozialdemokratie aussetzen will.

Rüfer.

Rüdesheim (Rheingau). Endlich, so rufen auch wir aus, sind die Rüdesheimer Rüfer und Rüfergehilfen aus ihrem Winter-schlaf erwacht. Nach 1 1/2 jähriger ununterbrochener reger Arbeit ist es uns gelungen, das Banner des christl. Holzarbeiterverbandes als einziges im Rheingau hier aufzuziehen. Es dürfte wohl interessant sein, über die Gründung unserer Zahlstelle etwas weiter zu berichten. Im Mai vorigen Jahres fanden hier zwei öffentliche Versammlungen statt; eine von christlicher und eine von „freier“ Seite. Beide verliefen resultatlos. Im März d. J. fand wieder eine öffentliche Versammlung statt, welche abermals resultatlos verlief. Nun griffen wir zu einem letzten Mittel, zu einem Unterrichtskursus, zu welchem Sekretär Grafenberger die Referate übernommen hatte und mit dessen Leitung Kollege Barth betraut war. Derselbe verfolgte seinen Zweck nicht und war durchschnittlich von 25-30 Arbeitern aller Berufe besucht. Am 20. Juli fand eine öffentliche Versammlung statt, in welcher 6 Kollegen ihren Beitritt erklärten, aber vorläufig noch warten wollten bis die andern nachfolgten. Also wiederum resultatlos. Hiernach hielten wir am 1. August eine kleine Besprechung ab, zu welcher 22 Kollegen erschienen waren. Die Mehrzahl der Kollegen waren nach der Meinung, einen Lokalverein zu gründen. Sie ließen sich nach von der Wertlosigkeit eines solchen Vereines überzeugen und schlossen sich wieder 11 Kollegen unserem Verbande an. Restlos wurde weiter gearbeitet und alle 14 Tage wurden Versammlungen abgehalten. Langsam aber stetig wuchs unsere Mitgliederzahl. Fast in jeder Versammlung, an der auch einige unorganisierte Kollegen teilnahmen, meldete sich ein oder der andere als Mitglied. Am 9. November hielten wir im Saale des katholischen Gesellenhauses eine öffentliche Versammlung ab, welche sehr gut besucht war. Als Referenten waren erschienen, die Kollegen Erting und vom Bauarbeiterverbande Kollege Haffe. Einen glänzenden Verlauf nahm auch diese Versammlung und wiederum vollzogen 8 Kollegen ihren Beitritt. Bald ist das erste halbe Hundert unserer Zahlstelle voll, und voll Vertrauen können wir bald dem Anfang des zweiten halben Hundert Mitglieder entgegensehen. — Der Berliner Richtung, welche hier einwirkte und kämpfte, nach hieraus den ganzen Rheingau zu gewinnen, gaben wir sofort bei ihrer ersten öffentlichen Versammlung den Laufpaß. Die Herrn von Berlin werden ewig an das Fiasco denken, das sie sich hier geholt haben, und es wird ihnen in Zukunft alle Luft vergangen sein, hier im Rheingau einzusetzen. Den Rüfern des Rheingaus tut wahrlich eine Besserung ihrer Lage unbedingt notwendig, wenn man bedenkt, daß sich die Unternehmer nicht scheuen, ihren Arbeitern 26, 28, 30 bis 32 strengen Tagesverdienst zu geben. Da fragt man sich noch wie es möglich ist, daß sich solche Kollegen noch schuldlos durchs Leben schlagen können, obwohl die Lebenslage hier gerade so teuer, wenn nicht noch teurer ist, als in der Großstadt. Mögen nun unsere Kollegen dafür sorgen, daß der Bau der Organisation, der hier errichtet worden ist, fest stehe wie Eisen allen unsern Gegnern zum Trost. Jeder muß agitieren, Hand in Hand müssen die Kollegen arbeiten, am einen Stein auf den andern, einen Kollegen an den andern zu reihen und nicht eher zu ruhen und zu rasten, bis auch in den andern Orten des Rheingaus die Fahne der christlich-nationalen Arbeiterbewegung weht. Nur mutig voran, keinen Stillstand eintreten lassen, denn Stillstand ist Rückgang. Geduldet immer und immer wieder der Dichterworte:

„Siegeln wirst du unterliegen
Wie ein Rohr im Wind geknickt;
Doch vereint, da wirst du siegen.
Zunmer vorwärts nur geblickt!“

Eingesandt.

Zur Beachtung der Zahlstellentastierer. In meiner Tätigkeit als Zahlstellentastierer und Auszahler der Reiseunterstützung, machte ich des öfteren schon die Erfahrung, daß mit einer geradezu prächtigen Leichtfertigkeit die Geschäfte in manchen Zahlstellen geführt werden. Insbesondere fehlt sehr oft in den Mitgliedsbüchern der reisenden Kollegen die An- und Abmeldung in den einzelnen Zahlstellen, als auch die Anrechnung früher geleisteter Beiträge und erhobene Unterstützungen. Findet man für letztere schließlich noch Anhaltspunkte, so kann man gewiß sein, daß es an der Bescheinigung durch einen Stempelabdruck mangelt.]

Entweder wird durch eine solch lässige Geschäftsführung der Verband, oder das reisende Mitglied geschädigt. So beanspruchte vor kurzem in A. ein reisender Kollege Reiseunterstützung. Derselbe hatte in unserem Verbandsamt 10 Marken geklebt und gab an, vom „freier“ Verbands übergetreten zu sein. Obwohl auf der Titelseite der Bemerkung „Übergetreten“ stand, war ich nicht in der Lage, dem Kollegen Unterstützung dem Statut gemäß auszugeben, weil jede weitere Bemerkung durch Stempel bescheinigt, fehlte. Mir war solches nicht angenehm und dem Kollegen wird die Sache noch viel weniger behagt haben. Kann man letzteren auch in etwa mit verantwortlich machen für das Nichtinstandhalten seines Buches, so trifft doch die Hauptschuld die Zahlstellenverwaltungen, die es unterließen, den „Anweisungen“ gemäß zu handeln. Will man Weiterungen vermeiden, so heuge man dem durch eine exakte Geschäftsführung vor.

M. M.

(Kollegen, welche von anderen Verbänden übertreten, sollen ein Mitgliedsbuch unseres Verbandes nach Einsendung ihres bisherigen, nur von der Geschäftsstelle angefordert erhalten. Bei Beachtung dieser Vorschriften, wäre der oben genannte Fall gewiß nicht zu verzeichnen. Die Red.)

Gewerkschaftliches.

Arbeitslosigkeit

wird in den Berufen der Holzindustrie in nächster Zeit in größerem Maße zu verzeichnen sein. Der Beginn der Wirtschaftskrise macht sich bereits bemerkbar und weisen die Zahlstellen des Verbandes in den Großstädten durchweg schon eine beträchtliche Anzahl arbeitslose Kollegen auf. In Berlin z. B. waren schon im 3. Quartal von 100 Bildhauern, 50,3 arbeitslos. In der zweiten Woche des November zählte der sozialdem. Holzarbeiterverband in Berlin unter seinen Mitgliedern bereits 2034 Arbeitslose.

Die Kollegen sollten deshalb alles aufbieten, die Wirkungen der Arbeitslosigkeit abzuschwächen. Ueberall ist darauf zu achten, daß die Arbeitsnachweise der Zahlstellen gut funktionieren, die Verträge pünktlich entrichtet werden, damit bei Erhebung der Arbeitslosenunterstützung keine Schwierigkeiten entstehen und daß insbesondere die Stärkung des Verbandes beachtet wird, ohne die an ein Hochhalten der zeitigen Löhne in der schlechten Konjunktur nicht gedacht werden kann.

Württembergische Landeskonferenz. Anlässlich der allgemeinen württembergischen Gewerkschaftskonferenz findet für unseren Verband bereits am Samstag den 7. Dezember von abends 7 1/2 Uhr ab im Hotel z. „Europäischer Hof“ Friedrichstraße 15 (beim Bahnhof) eine Bezirkskonferenz statt, zu der sich die Delegierten recht zahlreich und pünktlich einfinden wollen. Tagesordnung: 1. Agitations- und Organisationsfragen, 2. Arbeitsnachweis, 3. Verschiedenes. Den Zahlstellen wird zur Pflicht gemacht, streng darauf zu sehen, daß der Delegierte Aufschluß und genaue Bericht geben kann über die am Orte getätigte Agitationsarbeit seit der letzten Konferenz, Stand der Kasse, vorgenommene Revisionen, stattgefundenen Versammlungen, ob eine Hausagitation in der Berichtszeit durchgeführt wurde, wie viele Vorträge und Versammlungen stattfanden und was sonst am Orte zur Hebung des gewerkschaftlichen Lebens unternommen wurde. Da die Konferenz große Kosten verursacht, wird eine Entschuldigungs- oder Entbindung von der Beantwortung dieser Fragen umsoweniger angenommen, als auch die Zahlstellen das größte Interesse daran haben, daß praktische Arbeit geleistet wird. Der Bericht soll deshalb auch in 10-15 Minuten erstattet sein, was sehr leicht möglich ist, wenn eine gründliche Vorbereitung des Delegierten diesen veranlaßt, nur das Wichtige und Notwendige zu sagen.

In der Schuhindustrie zu Hauenstein (Rheinpfalz) ist die von den Fabrikanten auf den 27. Oktober angekündigte Ausperrung zur Tatsache geworden. Dieser rücksichtslose Akt hat bei der Gesamt-Arbeiterschaft, als auch in weiten Kreisen der übrigen Bevölkerungsschichten die größte Entrüstung hervorgerufen, und zwar darum, weil ein Ausperrungsobjekt gar nicht mehr vorhanden ist. Nachdem seitens einiger Fabrikanten erklärt, sie würden nach Zurückziehung der Forderung auf zehnstündige Arbeitszeit dieselbe zur Einführung bringen, war die ganze Angelegenheit ziemlich geklärt und eine Mitglieder-versammlung des Zentralverbandes christlicher Lederarbeiter beschloß einstimmig die Zurücknahme der Forderung. Ganz selbstverständlich wurde dabei vorausgesetzt, daß 1) die Fabrikanten ihr Versprechen halten und zweitens die Kündigungen zurücknehmen bezw. die geplante Ausperrung aufheben. In diesem Sinne hatte sich auch die Presse des Bezirks ausgesprochen und von Beilegung der Differenzen geschrieben. Allein es kam aber anders; der Schuhfabrikantenverein sperrte trotz alledem aus und zwar einerlei ob organisiert oder nicht. Ueber diese Handlungsweise können wir uns Worte sparen. Sie steht wohl vereinzelt in den wirtschaftlichen Kämpfen da und richtet sich von selbst. Sogar das Fabrikantenorgan „Der Schuhmarkt“, welches nicht im besonderen Ruf der Arbeiterfreundlichkeit steht, tadelt das Vorgehen der Hauensteiner Fabrikanten durch folgende Notiz: „Wir kennen nicht alle Gründe, welche den Hauensteiner Fabrikantenverein zu seinem obigen Beschluß veranlaßt haben, aber wir glauben nimmermehr, daß der Verein gut beraten war, als er diesen Beschluß faßte. Die Forderung der Arbeiter auf Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit rechtfertigte an sich schon keine schroffe Zurückweisung. Nachdem aber die Forderung bedingungslos (!!! Die Red.) zurückgezogen ist, wird die demnach erfolgende Ausperrung nirgends Billigung finden und bei den Arbeitern Erbitterung zeitigen. Wir hoffen deshalb, daß diese Maßregel ungesäumt aufgehoben wird.“ Zwar nicht neu, aber doch recht eigentümlich ist das Verhalten der sozialdemokratischen Presse, vor allem der Ludwigshafener „Pfälzer Post“. Nachdem im Hauensteiner Gemeinderat der Antrag gestellt wurde, und zwar von einem Fabrikanten, 3000 Mk. für die Finanzierung von Gendarmen zu genehmigen, stellte die genannte sozialdemokratische Zeitung den Antrag in Abrede, trotzdem in Hauenstein die Spagen es von den Dächern pfeifen. Rechtfertigung und Schutz fanden die Unternehmer bei der Sozialdemokratie. Eine schöne Arbeiterfreundlichkeit dies. Dann legt das gleiche Blatt, allerdings so indirekt den Fabrikanten nahe, sie sollten die Betriebe nächster Woche ab wieder öffnen, sie notdürftig aufrecht erhalten, unter den Ausgesperrten aber eine gründliche Siebung vornehmen. Den Höhepunkt sozialdemokratischer Journalistik erreichte die „Pfälzer Post“ aber durch die Wiedergabe eines Gerüchtes, das ohne Zweifel von den Hauensteiner Fabrikanten oder ihren Hintermännern ausging und wonach der christliche Lederarbeiterverband die Unterstützung der Leute verweigerte. Als wahre Tatsache — nicht als ein Gerücht — führt sie aus: „Unter den Mitgliedern des christlichen Verbandes hat der Unmut über die Handlungsweise des Verbandsleitungs seinen Höhepunkt erreicht. Viele zählen jetzt schon nichts mehr. 200

Mann sollen überhaupt keine Unterstützung erhalten.“ An alledem ist natürlich kein wahres Wort, das Genossenblatt geniert dies aber nicht. Man könnte fast meinen, es habe sich den Fabrikanten verschrieben. Die Hauensteiner Arbeiter sind nämlich dieser Meinung. Es ist nur gut, daß die „Pfälzer Post“ nirgends einen oder nur ganz geringen Einfluß hat.

Die „Selben“ machen verzweifelte Anstrengungen, um auch in Deutschland hochzukommen. Bei der Unterstützung aus Unternehmerkreisen, die namentlich nach der materiellen Seite hin nichts zu wünschen übrig lassen wird, ist kaum daran zu zweifeln, daß der selbständigen Arbeiterbewegung ein nicht zu unterschätzender Gegner erwächst. Die Selben suchen vor allem sich der Presse zu bemächtigen und durch sie für ihre Ideen Propaganda zu machen. Bisher erschienen als „gelbe Organe“, die „Freie deutsche Presse“, der „Bund“, die „Deutsche Treue“, die „Offenbacher Arbeiter-Zeitung“ und die „Gelbe Arbeiter-Zeitung“. Das letztere Blatt ist vor kurzem von einem Herrn von Belbeug, der schon in Zürich (Schweiz) ein gelbes Organ redigierte, gegründet worden. In seiner ersten Nummer kündigt derselbe an, daß demnächst in Deutschland eine gelbe Partei begründet würde, die eine Vereinigung bilden solle für alle „von echt freihellen Idealen besetzten Arbeiter.“

„Christlicher Terrorismus.“ Die Sozialdemokraten brauchen neue Waffen gegen die verhassten Christlichen. Daher wird in der neuesten Zeit, um die eigenen Schandtatzen auf diesem Gebiete zu vertuschen, mehr und mehr die Erfindung christlicher Terrorismusgeschichten als Sport betrieben. Was in dieser Beziehung auf einmal alles entdeckt wird, beweist folgendes Geschichtchen.

In einer gegen Ende Oktober in Aclarfulm (Württemberg) stattgefundenen Versammlung machte der im sozialdem. Holzarbeiterverbande organisierte „Genosse“ Unterreiner, der früher in Laupheim beschäftigt war, gegenüber dem Referenten Kollegen Köblach die überraschende Mitteilung, er sei seinerzeit in Laupheim von zwei christlich organisierten Holzarbeitern aus der Werkstätte hinausgedrückt worden. Müßte es schon auffallen, daß der erwähnte „Genosse“ diese Mitteilung erst nach reichlich zwei Jahren machte, obwohl er schon ein Jahr zuvor in einer öffentlichen Versammlung dazu Gelegenheit gehabt hätte, so werden seine Beschuldigungen in ein eigenmächtiges Licht gerückt durch folgenden Brief, der auf die eingezogenen Erkundigungen einlief:

Laupheim, den 13./11. 1907.

Bester Kollege!

Am Freitag den 8. d. M. fand Ausschusssitzung statt, zu welcher H. und K. (die beiden, welche Unterreiner terrorisiert haben sollen) geladen waren, des weiteren erschien B., der aber nicht bei uns organisiert ist. Es hat sich ergeben, daß die ganze Sache eine infantile Lüge ist. K. ist ein alter Dreher, der infolge seines Alters nicht mehr gut hört und sich überhaupt nicht um politische Dinge kümmert; H. ist Hobelsaunmacher und schon Ende der 60er Jahre. H. und K. wurden am Montag bei Fabrikant G. (wo der Terrorismus verübt worden sein soll) vorstellig und fragten an, ob Unterreiner als Grund zur Kündigung Terrorismus und Schändtanen ihrerseits angegeben habe, was verneint wurde. Derselbe habe vielmehr dreimal gekündigt und sei erst das dritte Mal dann fortgegangen. Er hat dann auch überall in der Dessenlichkeit in Laupheim herumgeschrien, er habe nur 12-14 Mk. verdient pro Woche, worauf ihm (dem Unterreiner) Fabrikant G. den Ratweiss aus seinen Büchern erbracht, daß er im letzten Jahre 361 Mk. verdient habe. Ueberhaupt hat sich Unterreiner bei den Arbeitgebern von Laupheim durch sein persönliches Benehmen so beliebt gemacht, daß er nirgends mehr eingestellt wurde. Auch hat er bei G's Arbeitern den Ausdruck gebraucht, diese alte Gesellschaft werde er schon hinausbringen, was ihm gelungen wäre, wenn er junge Genossen genug in die Werkstätte gebracht hätte. Sollte dies vielleicht schlecht verballter Werg über die mitsingene Lüge sein? Es ist lächerlich, kommt da dieses unschuldige Kindlein nach 2 1/2 Jahren, die Christlichen haben ihn hinausgedrückt. Seine eigenen Genossen in Laupheim werden lachen müssen über das Märchen, das ihnen aufgebunden werden soll. Hat doch der fragliche Fabrikant 14 Arbeiter, wovon nur die erwähnten zwei christlich organisiert sind und diese beiden sollen den „Genossen“ hinausgedrückt haben? Es wäre zum Lachen, wenn diese Ausschneidererei nicht so traurig wäre.

Mit freundlichem Gruß

S. B.

Da hätte man also wieder mal einen auf frischer Lat erlappt. Bei der ungeheuerlichen Fruchtbarkeit, welche die „Genossen“ in der Erfindung von Unwahrheiten und Fälschungen haben ist es selbstverständlich gar nicht möglich immer Nachforschungen anzustellen. Dieses ein Beispiel von Handerten mag den Kollegen aber zeigen, was sie von den Behauptungen der Gegner zu halten haben und wie diese mit der Schere der Mitmenschen umspringen.

Soziale Rundschau.

Das Reichstagsgesetz

ist nunmehr in der Vorlage des Bundesrats, dem am 22. Nov. wieder zusammengetretenen Reichstage zugegangen. Für die preussischen Verhältnisse, bedeutet der Entwurf in manchen Punkten eine Verbesserung, für die süddeutschen Verhältnisse im allgemeinen eine Verschlechterung. Die ganze Vorlage atmet Polizeigeist und falls der Entwurf zur Annahme gelangte, würden die Bürger der süddeutschen Bundesstaaten ebenso unter polizeilichen Schikanen zu leiden haben, als es bisher in Preußen der Fall war.

Der Entwurf läßt vor allem das Grundliche vermissen, gibt weder den Begriff einer Versammlung

